

DE GRÖNWOHLDER *Rinkieker*

Mitteilungsblatt für Grönwohld

31. Jahrgang Nr.118 / Oktober 2011

Herausgegeben vom Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einmalig in Grönwohld: Kindergartenkinder wechseln geschlossen in die Schule

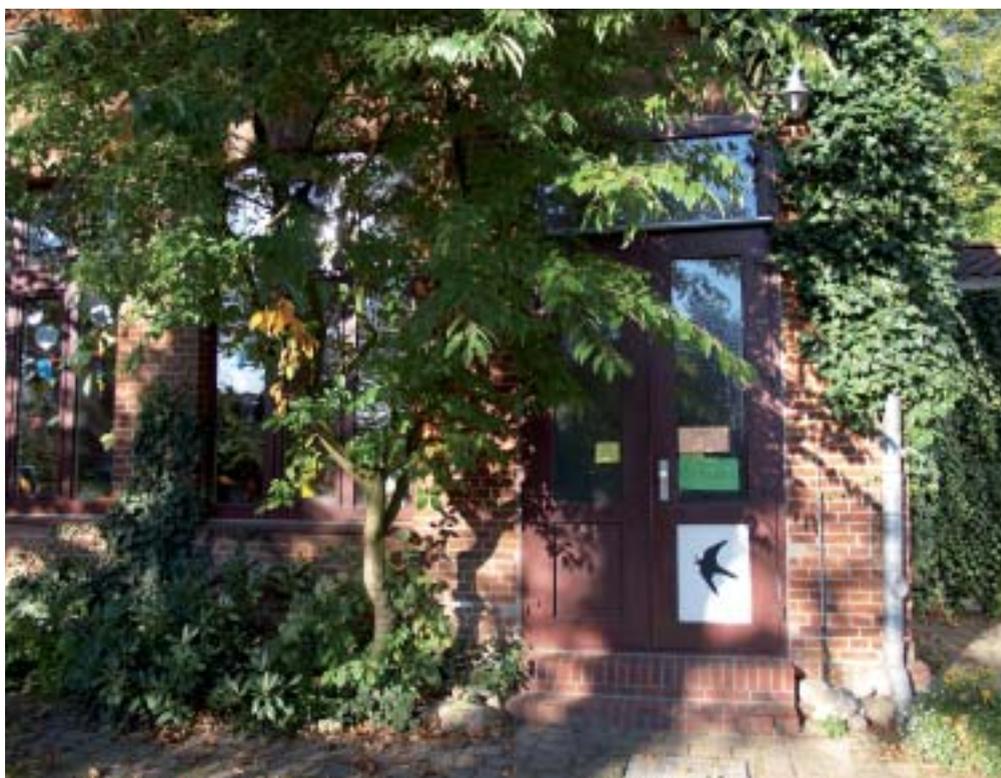
Nein, dieses Mal handelt es sich bei dieser Meldung nicht um eine neue bildungspolitische Reformidee aus Kiel, sondern um das Funktionieren unserer Dorfgemeinschaft, in der sich untereinander geholfen wird, wenn es darauf ankommt.

Worum also geht es? Wie der *Rinkieker* in seiner letzten Ausgabe bereits ausführlich berichtet hat, wird unser Kindergartengebäude aufgestockt, um einerseits dem gestiegenen Bedarf an Kindergartenplätzen zu entsprechen und andererseits, die ab 2013 gesetzlich geforderte Betreuung der unter 3-jährigen Kinder in Form einer neuen Kinderkrippe zu gewährleisten.

Seitdem der Kindergartenbeirat im Dezember 2010 mit der Planung beauftragt wurde, haben wir in diesem Gremium ein Wechselbad der Gefühle

hinter uns. Von der ursprünglich geplanten und favorisierten Gesamtaufstockung mussten wir uns aus Kostengründen leider verabschieden. Während der Schulersatzbau noch in einer Zeit entstand, als die Konjunktur eine Flaute und die Handwerker Zeit hatten und die Preise (relativ) niedrig waren, hatten wir es bei unserer Planung in diesem Jahr mit einer wirtschaftlichen Prosperitätsphase zu tun, in der viele Handwerker für uns entweder gar keine Zeit hatten oder die Preise deutlich höher ansetzten.

Aber eins war klar: Wir mussten in diesem Jahr mit dem Bau beginnen, um die Zuschüsse des Landes und Kreises für die Errichtung von Krippenplätzen zu erhalten. Also entschlossen wir uns für eine Teilaufstockung – siehe Skizze – mit der wir noch einigermaßen im finanziellen Rahmen des für uns Möglichen blieben.



BITTE LANGSAM FAHREN!!!

DARUM BITTEN DIE KINDERGARTENKINDER, DIE ZUR ZEIT IN DER ALTEN SCHULE IN DER DORFSTRASSE UNTERGEBRACHT SIND .

Alle diese Entscheidungsprozesse kosteten uns noch etwas sehr Wertvolles: Zeit! Bald wurde nämlich deutlich, dass unser ursprünglicher Plan, die Aufstockung in den großen Sommerferien durchzuführen, ebenfalls nicht zu halten war.

Jetzt kommt aber ein sehr erfreulicher Teil in dieser Geschichte, denn es traf sich, dass just kurz zuvor die ehemals „Alte Schule“ in Grönwohld freigegeben war. Die Eigentümer, Otti und Klaus Völcker, erklärten sich dankenswerterweise bereit, unseren Kindergartenkindern „Asyl“ zu gewähren. Und so kommt es, dass unsere Kindergartenkinder seit dem 29. September 2011 ihre neue Heimat – zumindest bis Ende des Jahres – in der „Alten Schule“ gefunden haben.

Die Gemeindearbeiter hatten in den letzten Tagen vor dem Umzug bereits mit dem Abbau und der Verlagerung der Spielgeräte im Außenbereich begonnen. Die Alte Schule wurde von ihnen ebenfalls entsprechend hergerichtet. Der Außenbereich ist zur Straße hin abgesperrt. Als Spielgelände hat der Nachbar Oetjen eine Wiese zur Verfügung gestellt. Spielsand wird noch angeliefert. Die Vorschule wird u.a. in den Räumlichkeiten der Gaststätte „Unter den Linden“ stattfinden. Auch hier wurde sofort und gerne geholfen.

Es bleibt aber ein unbestätigtes Gerücht, dass die Drehbuchautoren der Serie „Neues aus Büthenwarder“ bereits dabei sind, diese „Vorlage“ als neue Geschichte unter dem Titel „Vom Kindergarten direkt in die Kneipe“ aufzunehmen.
Dr. Katherine Nölling



Entwurf Elke Uhlenbrook
Dipl.Ing., Freie Architektin

Demokratie-Sommer 2011 der SPD Schleswig-Holstein

Rund ein Jahr vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat die SPD erste Weichen auf dem Weg ins Wahljahr 2012 gestellt.

Der Ministerpräsidentenkandidat der SPD, Torsten Albig, kündigte am 24.05.2011 in Kiel einen „**Demokratie-Sommer**“ in Schleswig-Holstein an, den er nutzen wolle, um mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes vor Erstellung des Regierungsprogramms ins Gespräch zu kommen. „Ich will von den Menschen hören, was sie wirklich wollen, wo sie der Schuh drückt und was sie für sich und ihre Familien denken, erhoffen und wünschen“ so Albig.

Mit dem „Demokratie-Sommer“ wollte die SPD an die erfolgreiche und gut besuchte Kandidatentour vor der Wahl ihres Spitzenkandidaten anknüpfen. „Unter dem Titel „**Das Stärkste am Norden**“ besuchte der Spitzenkandidat der SPD zudem Orte und Einrichtungen, die den gesellschaftlichen Reichtum des Landes ausmachen. „Ich freue mich darauf, die

Menschen und die Orte noch besser kennen zu lernen, die unser schönes Land prägen. Das Engagement, der Ideenreichtum und die Erfahrung unserer Bürgerinnen und Bürger sind es, die unser Land stark machen. Ich möchte auch viele Orte ganz neu kennen lernen – unsere Heimat hat so viel mehr zu bieten, als die jetzige Regierung wahrnimmt oder wahrhaben will“, so Torsten Albig im Vorwege. Das ist offensichtlich gelungen.

Zum Abschluss des Demokratie-Sommers schreibt er: „Überall im Land habe ich tolle Menschen getroffen, die über die Zukunft unseres Landes sprechen wollten. Mit mir, aber auch untereinander. Wir alle haben immer wieder festgestellt: Dieses Land hat große Potentiale, die wir besser nutzen wollen und müssen. Im Großen wie im Kleinen können wir gemeinsam unser Land Stück für Stück stärker machen. Es ist unser Lieblingsland für das wir uns engagieren, ohne wenn und aber.“

Ich danke allen, die sich kreativ und mit viel Engagement und Freude in die Zukunftsgespräche und auf dem



Bürgerparteitag eingebracht haben. Die Ergebnisse des Bürgerparteitages, aber auch die vielen hundert Ideen aus den Zukunftsgesprächen, nehmen wir mit auf unserem Weg in Regierungsverantwortung. Als zukünftiger Ministerpräsident möchte ich diese Form des Dialoges mit der ganzen Regierung zum Standard machen: Wir werden im ganzen Land präsent sein, uns

mit den Menschen gemeinsam beraten, uns erklären und im Regierungsalltag gerne „stören lassen“. Wir wollen uns gemeinsam auf den Weg machen, dieses Land wieder wirtschaftlich stark, sozial gerecht und finanziell solide zu gestalten.

Es grüßt herzlich

Ihr Torsten Albig

Tobias von Pein aus Lütjensee wird SPD-Landtagskandidat

Schon bald wird in Schleswig-Holstein wieder ein neuer Landtag gewählt. Nachdem ein neues Wahlgesetz vom Landtag auf den Weg gebracht wurde, steht nun der Termin für die Neuwahl des Landtags fest: Am 06. Mai 2012 entscheidet sich Schleswig-Holstein, welche Partei in Zukunft die Landespolitik gestalten soll.

Mit Torsten Albig haben die Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein bereits einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bestimmt. Jetzt entscheiden die Mitglieder hier vor Ort, wer als Direktkandidat des Wahlkreises Stormarn-Mitte aufgestellt wird. Am 02. September hat sich auf der dafür vorgesehenen Wahlkreis-Konferenz Tobias von Pein aus Lütjensee zur Wahl gestellt.

Tobias von Pein engagiert sich bereits seit Jahren für die SPD und die Kommunalpolitik hier in unserer Region. Nun will er dafür sorgen, dass es wieder eine sozialdemokratische Vertretung des Wahlkreises Stormarn-Mitte im Landtag gibt. Der 26-jährige, gelernte Großhandelskaufmann und Sozialökonom, ist SPD-Vorsitzender in Lütjensee und im dortigen Gemeinderat aktiv. Bereits 2002 trat er in die SPD ein und gestaltete lange Zeit die Arbeit der Jusos Stormarn

(Jugendorganisation der SPD) als Kreisvorsitzender. Inzwischen hat er die Arbeit bei den Jusos an jüngere Hände abgegeben und ist Beisitzer im Kreisvorstand der SPD Stormarn. Beruflich ist er als Teamer beim DGB-Bildungswerk in Hamburg tätig und gibt Seminare für angehende Betriebsräte.

„Mit meiner Kandidatur möchte ich dazu beitragen, dass frischer Wind in die Landespolitik kommt und Politik wieder attraktiver und transparenter wird,“ begründet Tobias von Pein seine Motivation. „Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, das Vertrauen in die SPD zu stärken und mithelfen, einen Wechsel in der Regierung durchzusetzen.“ Schwerpunktmäßig möchte sich Tobias von Pein im Landtag um die Themen Arbeit und Wirtschaft kümmern. „Ich möchte mich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen und dafür sorgen, dass Lohndumping bekämpft wird. Außerdem brauchen wir Investitionen in mehr Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik.“ Zu einer guten Vertretung im Landtag gehört auch, nicht nur im Wahlkampf sondern auch vorher und nachher für Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein. Deshalb möchte Tobias von Pein die Wahlkreisarbeit wieder beleben: „Politik muss zum

Anfassen sein. Ich will mich für mehr Transparenz einsetzen.“

Am 02. September entschieden nun zunächst die SPD-Mitglieder. Mit 87 % wurde Tobias von Pein zum SPD-Landtagskandidaten aufgestellt. Die Motivation beim gewählten Kandidaten ist groß: „Ich habe Lust mich für die SPD in der Landespolitik einzubringen und mich für die Menschen hier vor Ort einzusetzen“, so Tobias von Pein. Wir drücken ihm jetzt auch für die Landtagswahl am 12. Mai 2012 die Daumen!

Vor 39 Jahren...

...hat unser Ehrenmal zum Gedenken der Gefallenen unter dem Lindenhain am Eiskeller seinen neuen Platz gefunden. Die damalige Gemeindevertretung war der Meinung, daß durch den Ausbau der Dorfstraße der ruhige Platz seinen Charakter verlöre. Viele Gemeinden haben noch ihr Ehrenmal im Herzen des Ortes und wenn ich daran vorbeikomme, erinnere ich mich der vielen Kriegsoffer und halte inne. *Angela Ryll*



Gesetzentwurf der SPD-Landtags-Fraktion zur Änderung von Amts-, Gemeinde- und Kreisordnung sowie des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes

Die SPD-Fraktion hat nach vielen Gesprächen mit der kommunalen Familie die Vorschläge übernommen, die uns richtig und wichtig erscheinen, aber auch eigene Vorschläge erarbeitet. Kerngedanke unserer Überlegungen ist dabei sowohl die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung als auch die Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Die wichtigsten Eckpunkte unseres umfassenden Änderungsentwurfes sind:

Bürgerbeteiligung: Die Beiräte sind ein wichtiges ständiges Bindeglied zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern. Deshalb müssen sie auch landeseinheitlich geregelt bleiben. Hauptamtlich geführte Verwaltungen sollten neben einem Kinder- und Jugendbeirat auch einen Seniorenbeirat haben. Wir wollen es auch ehrenamtlichen Initiativen erleichtern, ein Bürgerbegehren auf den Weg zu bringen. Hierzu sieht unser Gesetzentwurf eine unentgeltliche Beratung, verlängerte Fristen, eine Unterschriftenstaffelung nach Einwohnerzahlen, Streichung der Beschränkung auf wichtige Aufgaben und ein Anhörungsrecht im Gemeinderat vor.

Stärkung der gemeindlichen Selbstverwaltung: Wir wollen, dass im Sinn des Urteils des Landesverfassungsgerichts über wichtige Aufgaben, wie z. B. Planungsaufgaben, in den direkt gewählten Gemeinderäten in öffentlicher Sitzung beschlossen wird und nicht in indirekt besetzten Amtsausschüssen. Erst recht lehnen wir die Schlie'sche Hintertür über amtsinterne Zweckverbände ab, die noch weniger der direkten demokratischen Kontrolle unterliegen. Das würde im Ergebnis zu einem weiteren Demokratieverlust führen. Nach den Vorgaben des Landesverfassungsgerichts

ist vielmehr ein Aufgabenkatalog zu definieren sowie qualitative und quantitative Grenzen bei der Übertragung von Aufgaben an den Amtsausschuss. Dem wird unsere Gesetzesvorlage durch eine Begrenzung auf fünf Aufgabenbereiche gerecht. Das ist für eine Gemeinde gut handhabbar. Somit geben wir den Gemeinden und Ämtern nicht nur die erforderliche Rechtssicherheit, sondern durch eine Revisionsklausel auch die notwendige Flexibilität für die Erledigung neu hinzukommender Aufgaben. Des Weiteren wollen wir

- die Kontrollrechte der Gemeindevertreter gegenüber kommunalen Betrieben und Beteiligungen stärken,
- die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft als Alternative zur Zwangseinamtung stärken,
- mit der Einführung der großen kreisangehörigen Stadt ab 25.000 Einwohnern bürgernahe und effiziente Aufgabenerfüllung ermöglichen,
- die Möglichkeit, in Gemeinden von 4.000 bis 8.000 Einwohnern einen hauptamtlichen Bürgermeister direkt zu wählen.

Auch im kommunalen Wahlrecht halten wir rechtzeitige Anpassungen vor der Kandidatenaufstellung zur Kommunalwahl für notwendig: Ein ungleiches Verhältnis von Listen- zu Direktmandaten erhöht das Risiko von Überhangmandaten. Im vorliegenden Entwurf wird deshalb die Zahl der Wahlkreise entsprechend reduziert.

Die von der Regierung vorgeschlagene Verkleinerung der Sollzahlen um bis zu 25 % löst das Problem der

Überhangmandate nicht. Den nur geringen Einsparungen bei den Aufwandsentschädigungen steht eine deutliche Schwächung der ehrenamtlichen Selbstverwaltung gegenüber: geringere Vertretungsdichte der

Einwohnerinnen und Einwohner, weniger Chancen auf Vertretung in der Selbstverwaltung gerade für neue Gruppierungen, deutliche Arbeitsmehrbelastung der verbleibenden Gemeindevertreter.

Auf der JHV des SPD-OV Grönwohld wurde am 14.06.2011 ein neuer Vorstand gewählt



1. Vor. Angela Ryll (1.R.mi.), 2. Vors. Dr. Katherine Nölling (1.R.2.v.li.), Kassierer Josef Ryll (1.R.2.v.re.), Beisitzer Kurt Gatermann (1.R.re.), Revisoren Ilona Gatermann (2.R.5.v.li.)/ Arno Nowak (2.R.li.). Weiterhin v.li.: Daniel Klein, Heidi Hagolani, Martin Habersaat, Tobias v. Pein, Eckart Carl, George Gericke, Heidrun Arndt, Reinhard Niegengerd fotografiert

Amtsausschuss am 20.06.2011 in Witzhave

Die Gemeinde Rausdorf hat mit Gunter Behncke einen neuen Bürgermeister.

Die Sanierungs- und Umbauarbeiten des Verwaltungsgebäudes sind fertig gestellt.

Die Auftaktveranstaltung der Aktivregion „Holsteins Herz“ fand am 28.05.2011 unter nur geringer Beteiligung statt, was sehr bedauert wurde.

Die Zahl der untergebrachten Asylbewerber liegt bei 21, die der Aussiedler ist mit 1 gleich geblieben. Die Zuweisungsquote wird damit um 3 Plätze unterschritten. Die Zahl der Obdachlosen ist mit 17 unverändert.

Anlässlich des 40. Verschwisterungsjubiläums mit Frankreich fand ein Festakt in Lütjensee statt. Vom 13. – 16.07.2011 war eine Delegation aus Frankreich zu Gast.

Anlässlich der Verschwisterung mit Polen reist eine Delegation vom 01.– 04.09.2011 nach Wieliszew. Der Gegenbesuch findet vom 20. – 23.10. 2011 statt. Die zentrale Feierstunde findet Sonnabend im Amtsgebäude statt und in Grönwohld der Brunch sowie der festliche Abend.

2012 jährt sich zum 30. Mal die Verschwisterung mit Finnland, was mit einem Festakt begangen werden soll.

Zum 90. Geburtstag von Frau Ilta Ikkala am 26.09.2011 reist eine Delegation nach Saarijärvi. (**Anm. d. Red.:** Frau Ikkala gehört schon sehr lange der deutsch-finnischen Verschwisterung an und setzt sich besonders für internationale Beziehungen ein. Sie war Deutschlehrerin und ihre Leidenschaft ist die finnische

Kultur. Sie setzt sich für das Museum in Saarijärvi ein und macht seit vielen Jahren die Übersetzungen für das Europakomitee. Für Gäste ist Ilta's Haus immer offen. In Finnland ist Frau Ikkala eine bekannte Persönlichkeit. Sie wurde an ihrem Geburtstag mit einer eigens angefertigten Büste geehrt - überreicht von der finnischen Innenministerin, Frau Päivi Räsänen.)

Die Jahresrechnung 2010 wurde mit 3.247.889,93 € beschlossen.

Das neue Büro der Gleichstellungsbeauftragten im Campehaus soll bis zum 29.07.2011 bezugsfertig sein. Außerplanmäßige Ausgaben von max. 5.000 € werden genehmigt.

Einer außerplanmäßigen Ausgabe von max. 10.000 € zwecks Beauftragung der Energieagentur Schleswig-Holstein zur Erstellung eines Gutachtens über den energetischen Sanierungsbedarf des Amtshauses und einer Amortisationsrechnung wird zugestimmt.

Amtsausschuss am 12.09.2011 in Großensee

Die Bauaufsicht wird das fertiggestellte Verwaltungsgebäude besichtigen, insbesondere soll die Umsetzung der Brandschutzauflagen überprüft werden.

Die IB-Bank wird das Gutachten zur energetischen Sanierung des Amtsgebäudes erstellen. Vertreter der Energieagentur würden am 13.09.2011 das Gebäude in Augenschein nehmen. Mit Vorlage des Gutachtens könne bis zum Dezember gerechnet werden.

Die offizielle Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrages mit Wieliszew in Polen, an der eine 30köpfige Delegation aus dem Amt Trittau teilnahm, fand am 03.09.2011 in Wieliszew statt. Der Gegenbesuch wird vom 20. – 23.10.2011 erfolgen.

Zum 40jährigen Jubiläum der Verschwisterung mit C. C. Loire Divatte (Communauté de Communes Loire-Divatte) in Frankreich waren 70 Gäste zu Gast, die alle privat untergebracht wurden. Die Jubiläumsfeier in Frankreich soll in der ersten Jahreshälfte 2012 stattfinden. **Anmerkung:** Der Gegenbesuch findet über Himmelfahrt 2012 statt.

Die Franzosen werden mit ihrem Stand auf dem diesjährigen Handwerkermarkt vertreten sein. Das Amt Trittau wird vom 03. – 04.12.2011 einen Stand auf dem Weihnachtsmarkt in Frankreich haben, zu dem auch die Bürgerinnen und Bürger aus dem Amt fahren können. Unsere Freunde in Frankreich haben jetzt einen Internetauftritt:

www.cc-loiredivatte.fr.

Eine kleine Gruppe wird nach Finnland fahren, um einen Besuchstermin zum 30. Jubiläum der Verschwisterung zu finden.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der zugehörige Haushaltsplan werden beschlossen.



FLAGGENBESTELLUNG

Eine Grönwohldflagge in den Maßen 100 x 150 cm (45,00 €) und 150 x 250 cm (81,00 €) können sie beim 1. stellv. Bürgermeister Josef Ryll unter 04154-5482 bestellen.

Gemeindevertreterversammlung vom 17.02.2011

Zur Sitzung der Gemeindevertretung sind 12 Bürger erschienen.

Einwohnerfragestunde

Es wird berichtet, dass die Brücke, die in der Verlängerung des Hermann-Claudius Wegs den Zugang zur Hahnheide bildet, in keinem guten Zustand sei. Außerdem könne der zur Hahnheide führende Graben das Regenwasser nicht mehr aufnehmen, sodass dies quer über den Weg und am Feldrand zum Wald hin fließe. Bürgermeister Breisacher sagt eine Prüfung zu. Der Graben solle ausgehoben und ggf. erweitert werden.

Herr Ritzloff bedankt sich für die Ausrichtung der Seniorenweihnachtsfeier durch die Gemeinde.

Herr Singelmann berichtet, dass im Papierholz Steine abgesackt seien. Die Strecke solle überprüft und die Steine ausgebessert werden. Der Bürgermeister erklärt, dass die Schäden bei der im Frühjahr stattfindenden Ortsbegehung festgestellt und behoben werden sollen. Auf Anfrage teilt der Bürgermeister mit, dass die Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in der Straße Papierholz kaum eingehalten werde. Nach einer abschließenden Auswertung der Geschwindigkeitsmessanlage will er das Ergebnis der Verkehrsaufsicht mitteilen und weitere Maßnahmen anregen.

Außerdem erkundigt sich Herr Singelmann, wann die Straßenlaternen freigeschnitten werden. Es wird mitgeteilt, dass die Frist für den Rückschnitt der Bäume generell auf Ende Februar verkürzt worden sei. Herr Heymann erklärt, dass die Frist im Jahr 2011 bis zum 14. März verlängert wurde.

Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet, daß die Gemeindevorstellung im Eiskeller 4 in Stand gesetzt worden sei



und zum 01. 03.2011 wieder vermietet werden soll. Im Winter habe ein Holztransport in der Straße Eiskeller einen Schaden verursacht, so dass der Weg gesperrt werden musste. Der Verursacher sei bekannt und der Weg werde, sobald es frostfrei sei, wieder in Ordnung gebracht.

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Grönwohld habe sich von 1347 im Jahr 2007 auf 1344 Einwohner im Jahr 2010 entwickelt. Im Amt sei die Einwohnerzahl von 17086 im Jahr 2007 auf 17277 Einwohner gestiegen

Bericht des Europabeauftragten

Der Europabeauftragte Herr Ryll berichtet u. a. über den Partnerschaftsvertrag mit der Gemeinde Wieliszew in Polen, der am 04.04.2011 im Amtsausschuss beschlossen wurde und den Briefwechsel der Schüler mit der Gemeinde Le Loroux Bottereau.

Bericht des Seniorenbeauftragten

Der Seniorenbeauftragte der Gemeinde Grönwohld, Herr Singelmann, berichtet, dass er kaum Resonanz erfahren habe. Er wisse nicht, was er noch tun solle. Wahrscheinlich würden die Bürger in Alltagsfragen lieber den Nachbarn um Hilfe bitten, als den Seniorenbeauftragten. Er wünsche sich mehr Aktivität aus der Gemeinde. Im Jahr 2010 habe er an der Ortsbegehung der Gemeinde teilgenommen und ein Projekt durchgeführt, in dem es um die Eignung der Geh- und Fußwege für Rollstuhlfahrer ging. Dabei seien Gefahrenpunkte im Bereich Papierholz festgestellt worden. Die Rollstuhlfahrer müssten dort auf die Straße ausweichen. Außerdem stellten die parkenden Autos in der Straße Steinern eine erhebliche Gefahr dar. Zudem fehlten Geschwindigkeitsbegrenzungen.

Frau Arndt fragt nach, ob die mangelnde Resonanz der Bürger möglicherweise darauf zurückzuführen sei, dass viele Bürger nicht wüssten, dass es in der Gemeinde einen Seniorenbeauftragten gebe. Frau Dr. Nölling ergänzt, dass es sinnvoll sei, die Kontaktdaten von Herrn Singelmann dauerhaft im Aushang auszuhängen. Dies wird vom Bürgermeister zugesagt.

Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2011

Der Bürgermeister verweist auf die vorangegangene

Beratung im Finanzausschuss. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Kettler, stellt die Eckdaten des Haushaltsplans anhand der Einzelpläne vor und gibt dazu Erläuterungen. Von Herrn Roick wird vorgeschlagen, einige Erklärungen im Vorbericht des Haushaltsplans zu ändern. Die Entscheidung über Art und Umfang der Erneuerung der Straßenlaternen wurde vom Finanzausschuss auf die Gemeindevertreterversammlung verlagert. Der Bürgermeister berichtet, dass es Natriumdampflampen gibt, die ebenso viel Energie einsparen, wie die von Herrn Klein auf der Sitzung des Finanzausschusses vorgeschlagenen LED-Lampen. Vorteil der Natriumdampflampen sei, dass dann der Lampenkopf nicht ausgetauscht werden müsse. Nach eingehender Beratung besteht Einvernehmen darüber, sich für den Einsatz von Natriumdampflampen zu entscheiden. Herr Klein gibt lediglich zu bedenken, dass diese Lampen ggf. nicht förderfähig seien. Der Bürgermeister sagt zu, dies zu prüfen. Auch wenn keine Möglichkeit für eine Förderung bestehen sollte, wird die Maßnahme für erforderlich gehalten.

Anmerkung: Die Leuchten waren nicht förderfähig. Für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung wird ein Mittelansatz von 11.000 € vorgesehen. Gleichzeitig wird der Ansatz der Stromkosten von 16.000 € auf 8.000 € reduziert.

Sodann wird die Finanzierung der Baukosten der Kindergartenerweiterung besprochen. Die Kosten werden auf etwa 360.000 € beziffert. Bei den Planungen war von einem Ansatz in Höhe von 395.500 € ausgegangen worden, sodass die Maßnahme mit 38.200 € überfinanziert ist. Der Haushaltsansatz wird entsprechend angepasst.

Anmerkung: Mittlerweile hat sich die Baumaßnahme leider verteuert, was durch eine Aufstockung des Darlehens aus dem Kommunalen Investitionsfonds - KIF - finanziell aufgefangen wird.

Die Haushaltssatzung wird einstimmig beschlossen.

Bebauungsplan 7

(östlich Scheefkoppel, nördlich Im Grund)

Der Bürgermeister stellt den Sachverhalt dar und erläutert die Vorlage. Die Gemeindevertretung nimmt die während der öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Der Bürgermeister wird beauftragt, die entsprechenden Personen von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Unter Berücksichtigung kleinerer Änderungen formaler Art, die sich aus den Stellungnahmen ergeben - u. a. darf keine Versickerung des Oberflächenwassers erfolgen -, wird der Bebauungsplan erneut gebilligt. Die Gemeindevertretung beschließt den Bebauungsplan Nr. 7 als Satzung.

Anfragen und Mitteilungen

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass Herr Breitzke von seiner Funktion als wählbarer Bürger zurückgetreten sei.

Auf Nachfrage von Herrn Klein wird mitgeteilt, dass der mit EON bestehende Konzessionsvertrag über die Durchleitungsrechte für Strom und Gas zum 31.12.2010 ausgelaufen seien. Bereits 2010 habe es eine erneute Ausschreibung gegeben. Es seien daraufhin Gespräche mit den Bewerbern (EON und Vereinigte Stadtwerke Mölln / Ratzeburg) geführt worden. Bislang hätten diese zu keinem Ergebnis geführt. Bis Ende 2011 müsse hierüber eine Entscheidung fallen.

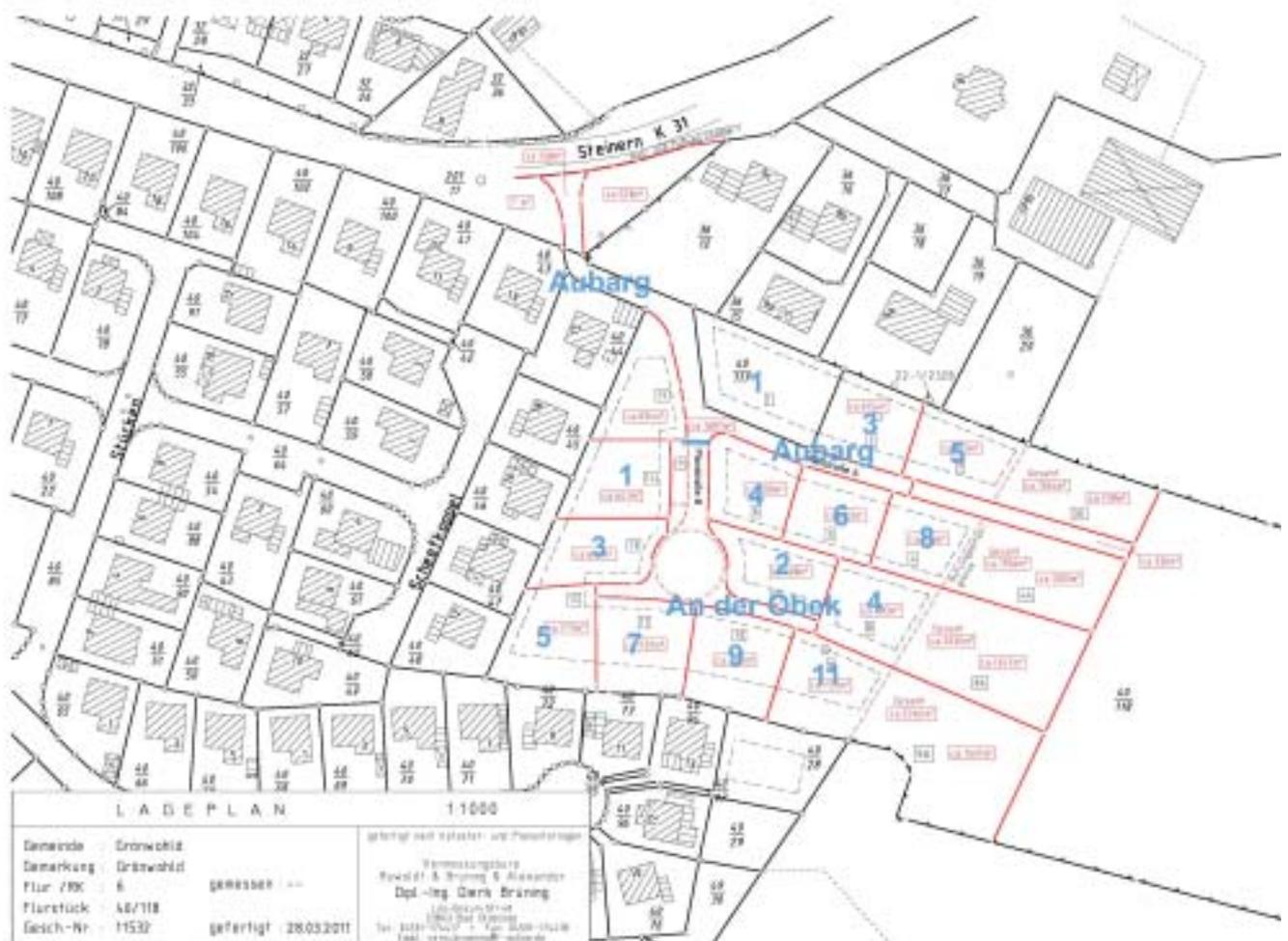
Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner fragt zum Bebauungsplan Aubarg,

warum das Wasser auf den Grundstücken nicht versickert werden dürfe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die untere Wasserbehörde dies für unzulässig erklärt habe. Das Wasser werde in ein Klärbecken geführt und dann der Beek zugeleitet. Die Schadstoffe müssten als Sondermüll entsorgt werden.

Herr Ryll erklärt ergänzend, dass eine Prüfung ergeben habe, dass der Boden undurchlässig sei und daher keine ausreichende Versickerung gegeben sei.



Gemeindevertretersitzung vom 10.05.2011

An der Sitzung der Gemeindevertretung haben 9 Bürger teilgenommen.

Einwohnerfragestunde

Herr Singelmann nimmt Bezug auf die Anfrage in der vorangegangenen Sitzung zu den Beschädigungen im Bereich der Straße Papierholz und erfragt den Sachstand. Bürgermeister Breisacher teilt mit, dass die Zuständigkeit geklärt werden müssen und eine Reparatur voraussichtlich in der übernächsten Woche vorgenommen werde.

Herr Marquardt weist darauf hin, dass die Bahnhofstraße nur schwerlich mit einem Lkw befahren werden könne, wenn in der Röperkate Veranstaltungen durchgeführt

würden. Parkende Fahrzeuge behinderten den Verkehrsfluss erheblich. Der Bürgermeister berichtet, dass es sich bei der Bahnhofstraße um eine Kreisstraße handle. Demzufolge könne die Gemeinde keine Ge- und Verbote erlassen. Generell gelte aber ein Parkverbot im Bereich von 5 m vor und hinter der Einfahrt zur Feuerwehr sowie zum Parkplatz. Die Überplanung des Straßenabschnitts werde zur Zeit in einem Arbeitsausschuss vorbereitet. Zudem sei die Polizei gebeten worden, Falschparker aufzuschreiben und es wurden Handzettel durch die Schule verteilt.

Ein Einwohner gibt den Hinweis, dass es Anfang November einen Verkehrsunfall an der Kreuzung gegeben habe. Die Unfallschäden seien noch immer nicht vollständig behoben. Der Bürgermeister

erklärt, dass die Straßenmeisterei in Grande neue Verkehrsschilder aufstellen werde. Der Schaden an der Pflanzfläche sei von der Gemeinde behoben worden. Die beschädigte Mauer befinde sich in Privateigentum, so dass auf die Instandsetzung kein Einfluss genommen werden könne.

Herr Lerch regt an, die mobile Geschwindigkeitsmessanlage in der Straße Radeland an einer anderen Stelle zu positionieren. Der Bürgermeister führt aus, dass sie auf Wunsch der Anlieger dort aufgebaut worden sei. Sollten die Messergebnisse nicht aussagekräftig sein, werde ein neuer Standort gewählt.

Herr Marquardt teilt mit, dass er von der Gemeinde einen Brief erhalten habe, wonach seine Hecke die Nutzung des gemeindeeigenen Gehwegs beeinträchtige. Der Auftrag zur Kürzung der Hecke sei zu diesem Zeitpunkt bereits an einen Gärtner erteilt worden. Herr Marquardt weist darauf hin, dass er sich in der kommenden Wintersaison ausdrücklich auf dieses Schreiben beziehen und keinen Winterdienst mehr leisten werde, denn der Weg sei von ihm bezahlt worden. Wenn die Gemeinde ihn als gemeindeeigen ansehe, so solle auch die Gemeinde für die Verkehrssicherheit sowie die Eis- und Schneebeseitigung sorgen.

Herr Singelmann bittet um Mitteilung, welche Messergebnisse mit der Geschwindigkeitsmessanlage bislang erzielt worden seien. Der Bürgermeister sagt zu, dies zur nächsten Sitzung mitzuteilen.

Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet, dass der Herrmann-Claudius-Weg fertiggestellt und abgenommen worden sei. Auf Grund der lang anhaltenden Trockenheit habe der gesäte Rasen noch nicht auflaufen können. Zudem seien die Straßenpartikel noch ungebunden. Dieses werde sich bei den nächsten Niederschlägen ändern.



Der Hermann-Claudius-Weg wurde saniert

Im Kindergarten habe es einen Wasserschaden gegeben. Im Estrich sei ein Heizungsrohr undicht gewesen. Der Schaden wurde zwischenzeitlich behoben.

Die Sanierung der Sporthalle sei abgeschlossen. An der Nord- und Südseite seien neue Fensterfronten

verbaut worden. Es werde davon ausgegangen, dass die Heizkosten mit dieser Maßnahme erheblich gesenkt werden können, da die alte Bausubstanz bereits erhebliche Mängel aufgewiesen habe und wärmedurchlässig gewesen sei.



Die Sporthalle bekam moderne Fenster

Die angekündigte Ortsbegehung habe stattgefunden. Die entstandenen Winterschäden an den gemeindlichen Straßen und Wegen würden durch die Gemeindearbeiter behoben.

Ostern seien wieder vermehrt private Osterfeuer abgebrannt worden. Diese seien zwar angemeldet gewesen, gleichwohl sei es vereinzelt zu erheblichen Rauchbelästigungen gekommen. Es werde dringend gebeten, auf die Nachbargrundstücke Rücksicht zu nehmen. Dies gelte auch für das Abbrennen von Gartenabfällen. Auf Grund der lang anhaltenden Trockenheit würde jedoch ausdrücklich davon abgeraten, offenes Feuer zu machen.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass das Rasenmähen sowie lautes Musikhören an Sonn- und Feiertagen nicht gestattet sei. An Werktagen sei diese Tätigkeit auf die Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr zu beschränken.

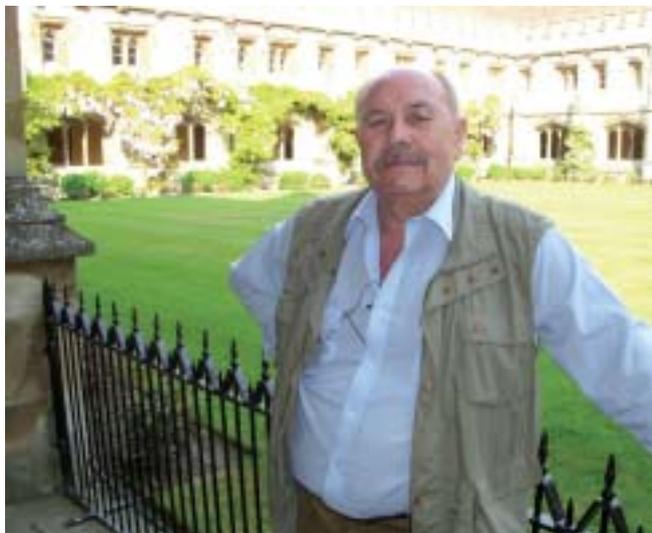
Vom Erlös des Sponsorenlaufes der Grundschule habe der Elternverein ein Segelschiff angeschafft. Dieses sei bereits aufgebaut worden. Auf Grund von Sicherheitsaspekten müssten allerdings noch einige Nachbesserungen vorgenommen werden, bis das Spielgerät freigegeben werden könnte. Die Arbeiten würden kurzfristig erledigt.

Bericht des Europabeauftragten

Der Europabeauftragte Herr Ryll berichtet, dass der deutsch-englische Kulturverein zu Ostern zu Besuch in Totton (Südengland) gewesen sei. Dort hätten auch die Franzosen ihre 30-jährige Verschwisterung mit Totton gefeiert. Der Verein suche weitere Mitglieder. Hierzu sei jeder herzlich eingeladen.

Die Verschwisterung mit der polnischen Gemeinde Wieliszew stehe kurz bevor. Die Absicht werde von der polnischen Seite mit großer Freude verfolgt. Außerdem

werde in der Zeit von 13. - 16.07.2011 der Besuch der Franzosen erwartet.



Unser 1. stellv. BM Josef Ryll In Oxford / England

Nachwahl eines wählbaren Bürgers für den Allgemeinen Ausschuss

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Breitzke muss ein neuer wählbarer Bürger für den allgemeinen Ausschuss bestimmt werden. Herr Heymann schlägt Herrn Heiko Scharnberg vor und stellt diesen Bewerber kurz vor. Es wird festgestellt, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen. Herr Scharnberg wird in offener Wahl einstimmig als neuer wählbarer Bürger für den allgemeinen Ausschuss gewählt. Er ist in der nächsten Sitzung des allgemeinen Ausschusses zu verpflichten.

Bebauungsplan Aubarg (östlich Scheefkoppel, nördlich Im Grund)

Der Bürgermeister berichtet über die bisher gefassten Beschlüsse und stellt den Verfahrensstand dar. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung abgegebenen Stellungnahmen der Behörden wurden geprüft. Am Bebauungsplan werden kleinere Veränderungen redaktioneller Art vorgenommen, so dass ein neues Beteiligungsverfahren entbehrlich ist. Der Bürgermeister wird erneut beauftragt, die entsprechenden Stellen vom Ergebnis der Prüfung in Kenntnis zu setzen.

Verkehrsberuhigung in der Straße Radeland und Alte Siedlung

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Einwohnerfragestunde sowie die stattgefundene Ortsbegehung. Die Gemeinde sehe keinen Handlungsbedarf zur Verkehrsberuhigung in den Straßen Radeland und Alte Siedlung. Gleichwohl müsse ein tragbarer Interessenausgleich gefunden werden. Deshalb wird der Antrag gestellt, das Thema der Verkehrsberuhigung in den Straßen Radeland und Alte Siedlung zur weiteren Beratung an den Allgemeinen Ausschuss zu verweisen. **Anmerkung:** Am 28.06.2011 hat u. a. zu diesem Thema eine Sitzung des Allgemeinen Ausschusses stattgefunden. Hierzu

wird auf den Artikel in dieser Ausgabe des *Rinkiekers* verwiesen.

Erweiterung Kindergarten / Kindertagesstätte

Der Bürgermeister stellt die Ausgangssituation dar, die von erheblichen Platzproblemen für den gemeindlichen Kindergarten geprägt ist. Zur Zeit müssten 50 Grönwohlder Kinder betreut werden. Weitere Anmeldungen stünden bevor. Deshalb wurden zwei Vorschläge zur Erweiterung des Kindergartens eingeholt, die vom Bürgermeister anhand einer Präsentation vorgestellt werden. Der erste Entwurf der Architektin Frau Elke Uhlenbrook aus Lütjensee sieht eine Teilaufstockung des Kindergartens vor, der zweite einen Zusatzbau. Die Kostenschätzung für die Teilaufstockung belaufe sich auf 389.582,20 €. Der zusätzliche Bau würde 384.998,25 € kosten.

Die Vorsitzende des Kindergartenbeirats Frau Dr. Nölling, spricht sich für den Entwurf der Architektin Uhlenbrook aus. Ein Neubau würde zu viel Fläche beanspruchen. Die vorgesehene Aufstockung diene dazu, die Kinderbetreuung auf dem Grundstück zu zentralisieren. Damit sei eine bessere Abstimmung und Koordinierung zwischen den Betreuungskräften möglich. Zudem sei eine ressourcensparende Erweiterung zu einem späteren Zeitpunkt möglich. Auch Herr Heymann spricht sich für den Entwurf von Frau Uhlenbrook aus und bestätigt die Ausführungen seiner Vorrednerin. Zudem sei seiner Auffassung nach wichtig, dass nun der Kindergarten sowie der Kindergartenbeirat zeitnah mit eingebunden würden. Frau Dr. Nölling wird sich darum kümmern. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Kettler, verdeutlicht anhand der aktuellen Haushaltsdaten, dass ein wünschenswerter Neubau des Kindergartens zur Zeit nicht finanzierbar sei. Dieser hätte ein Investitionsvolumen von mindestens 600.000 €. Bei der favorisierten Variante der Teilaufstockung handle es sich um eine Investition, die zu einem erheblichen Teil gefördert werde. Für die Gemeinde verbleibe ein zu finanzierender Anteil von rund 160.000 €. Um in den Genuss der Förderung zu kommen, müsse noch in diesem Jahr mit der Realisierung begonnen und ein nicht unerheblicher Teil fertig gestellt werden. Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, den Kindergarten nach dem Entwurf der Architektin Uhlenbrook zu erweitern.

Benennung der Straßen im zukünftigen Bebauungsgebiet

Der Bürgermeister berichtet, dass eine interfraktionelle Sitzung zu dem Ergebnis gelangt sei, die Planstraße A mit „Aubarg“ und die Planstraße B mit „An der Obek“ zu benennen. Der Aubarg sei die alte Flurstücksbezeichnung für das Gebiet. Die Obek sei der Bach, der an das Planungsgebiet anschließe.

Bauhof auf Amtsebene

Der Bürgermeister berichtet, dass im Rahmen der Bürgermeisterrunde sowie im Amtsausschuss vermehrt

über einen Bauhof auf Amtsebene diskutiert werde. Um die Ideen zu konkretisieren, sei ein Planungsbüro beauftragt worden, ein Gutachten zur Machbarkeit aufzustellen. Der Vorschlag, der eine Ansiedlung der Bauhöfe beim Abwasserzweckverband Obere Bille vorsehe, wird anhand einer Präsentation vorgestellt. Im Ergebnis bleibe festzuhalten, dass ein einziger Bauhof auf Amtsebene unrealistisch sei, da die gewachsenen örtlichen Strukturen weitere Berücksichtigung finden müssten. Gleichwohl sollten z. B. im Fuhrpark oder im Gerätebestand weiter Synergieeffekte geprüft werden.

Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Wilde teilt mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss am 16.06.2011 im Amtsgebäude in Trittau tagen werde. Frau Dr. Nölling regt an, Fördermittel der Aktivregion Holsteins Herz zur Neugestaltung des Schulhofes und zur Einrichtung eines Naturklassenzimmers zu beantragen. Der Bürgermeister wird einen entsprechenden Antrag stellen. Herr Roick gibt bekannt, dass der Jugendausschuss am 22.06.2011 in der Mensa der Grundschule (ehemaliger Feuerwehraum) Tagen wird.



BM Ralf Breisacher, Bauherr Gerd Benoit und unser 1. stell. BM Josef Ryll

Allgemeiner Ausschuss vom 28.06.2011

Es sind drei Bürger erschienen.

Verpflichtung eines neuen bürgerlichen Mitglieds

Der wählbare Bürger Herr Heiko Scharnberg wird per Handschlag vom Vorsitzenden des Allgemeinen Ausschusses Herrn Ryll zur gewissenhaften Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet. Insbesondere weist der Vorsitzende auf die Verschwiegenheitspflicht hin.

Einwohnerfragestunde

Fragen aus der Einwohnerschaft ergeben sich nicht.

Anträge zur Verkehrsberuhigung Radeland / Alte Siedlung

Der Bürgermeister erläutert eingangs die Ergebnisse der Geschwindigkeitsmessungen. Die Aufstellung der Messanlage habe die Annahme bestätigt, dass es zu erheblichen Überschreitungen

Anmerkung: siehe hierzu auch den Artikel in dieser Ausgabe des *Rinkiekers*.

Einwohnerfragestunde

Mehrere Einwohner äußern sich positiv auf die vorgetragene Argumente zur Erweiterung des Kindergartens und den Beschluss, diese über eine Aufstockung zu realisieren.

Ein Einwohner bittet im Zusammenhang mit der Verkehrsberuhigung in den Straßen Radeland und Alte Siedlung von der Aufstellung von Brunnenringen und der Anpflanzung von Bäumen Abstand zu nehmen. Die Maßnahmen würden auch zu einer Beeinträchtigung beim Schneeräumen führen sowie die Erreichbarkeit durch Lieferfahrzeuge erschweren.

Ein weiterer Einwohner schlägt vor, Kunststoffwellen einzubauen. Auf Nachfrage eines Anwohners berichtet Herr Kettler, dass das alte Kindergartengebäude 1972 fertig gestellt worden sei.

Herr Marquardt möchte wissen, ob die Erneuerung der Turnhallenfenster teurer geworden sei, als ursprünglich geplant. Der Bürgermeister berichtet, dass die Maßnahme kostengünstiger habe durchgeführt werden können.

Symbolischer erster Spatenstich im neuen Grönwohlder Baugebiet Aubarg

Am Freitag, den 05.08.2011 fand im neuen Grönwohlder Baugebiet Aubarg der erste Spatenstich statt. Der Bauherr Gerd Benoit von der Firma Benoit und Bauer GbR, Bürgermeister Ralf Breisacher und der 1. stellv. Bürgermeister Josef Ryll nahmen diese Zeremonie vor. Die Grundstücke werden zwischen 700 und 2000 qm groß sein, 3 Bauplätze sind noch zu erwerben (Stand 11.10.2011). Insgesamt können hier 15 Ein- und Zweifamilienhäuser auf einer Fläche von 1,5 Hektar entstehen. Bis Oktober 2011 soll die Erschließung fertig sein.

Angela Ryll

der Geschwindigkeitsbegrenzung vom 30 km/h gekommen sei, wenngleich diese im Laufe der Zeit stark abgenommen hätten. Zudem sei berichtet worden, dass die Autos deutlich gleichmäßiger fahren würden. Außerdem sei beabsichtigt, die Anlage ab dem 01.07.2011 an einer anderen Stelle aufzustellen. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse geht der Bürgermeister auf die beiden Anträge der Anwohner in den Straßen Radeland und Alte Siedlung ein, die eine Verkehrsberuhigung fordern. Er macht deutlich, dass die Baukosten im Zusammenhang mit der Erstellung einer Spielstraße umlagefähig seien und somit zu einer finanziellen Belastung der Bürger führen würden. Alternativ könne über temporeduzierende Maßnahmen wie Fahrbahnmarkierungen, Pflanzkübel oder die Aufstellung einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage nachgedacht werden.

Der Vorsitzende Herr Ryll ergänzt, dass neben den vorliegenden Anträgen bei der Gemeinde auch

gegensätzliche Meinungsäußerungen eingegangen seien. Außerdem müsse eine mögliche weitere Bebauung des Gebietes bei den Maßnahmen bedacht werden, auch wenn diese derzeit noch völlig unbestimmt sei. Um den Belangen aller Bürger gerecht zu werden, schlägt der Vorsitzende vor, die Thematik im Rahmen einer Einwohnerversammlung zu diskutieren. Der Ausschuss schließt sich dem einstimmig an. Die Versammlung solle kurzfristig nach den Sommerferien stattfinden. Hierzu werden die betroffenen Grundstückseigentümer auf Wunsch von Herrn Rütz zu gegebener Zeit per Hauswurfsendung informiert.

Bedarfsgerechter Ausbau von Bushaltestellen

Zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs können den Gemeinden für den Bau systemgerechter Bushaltestellen Zuwendungen in Höhe von rund 75 % der zuwendungsfähigen Kosten gewährt werden. Die Anträge sind bis zum 15.10.2011 beim Kreis Stormarn zu stellen, soweit die Maßnahmen im Jahr 2012 durchgeführt werden sollen. Der Ausschuss diskutiert über den Bedarf und mögliche Standorte für eine Umsetzung. Frau Arndt weist darauf hin, dass Einzäunungen um einzelne Bushaltestellen der Sicherheit und Barrierefreiheit entgegenstünden und grundsätzlich überprüft werden sollten. Auf Nachfrage von Herrn Klein erklärt der Bürgermeister, dass die Einbeziehung der Schulwegsicherung in dieses Konzept nicht möglich sei. Der Bürgermeister bietet an, zur nächsten Sitzung eine Aufarbeitung möglicher systemgerecht herzustellender Haltestellen als Grundlage für die weitere Diskussion vorzubereiten.

Anfragen und Mitteilungen

Der Vorsitzende des Allgemeinen Ausschuss gibt bekannt, dass im Juli und November wieder Filmaufzeichnungen für die Sendung „Neues aus Büthenwarder“ im Ort stattfinden werden und zeitweise mit Verkehrsbehinderungen zu rechnen sei.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Arbeitskreis Grundschule sich derzeit mit der Gestaltung des Schulhofes befasst. Auf Nachfrage bei der Aktivregion Holsteins Herz wurde eine Bezuschussung von 55 % der entstehenden Kosten in Aussicht gestellt. Der Bürgermeister wird auf der nächsten Sitzung ein Konzept vorstellen, der auch die Neugestaltung der Außenfläche des Kindergartens beinhalten werde.

Herr Klein kritisiert, dass während des Vogelschießens erneut keine verkehrslenkende Beschilderung aufgestellt worden sei, sodass es zu erheblichen Beeinträchtigungen in der Bahnhofstraße gekommen sei. Der Bürgermeister sagt zu, die Schulleiterin als Veranstalterin nochmals ausdrücklich auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen.

Herr Heymann erwähnt lobend, dass die Eheleute Klaus und Otti Völcker die Bereitschaft signalisiert haben, während der anstehenden Umbauphase des Kindergartens Räumlichkeiten als Ausweichquartier

für die Kinder zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss bedankt sich ausdrücklich für dieses Angebot.

Einwohnerfragestunde

Herr Buchsdrücker erklärt, dass er mit seiner Anfrage auf Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Radeland / Alte Siedlung lediglich Maßnahmen ohne größeren finanziellen Aufwand beabsichtigt habe. Auf Nachfrage von Frau Gatermann teilt er mit, dass mit Hilfe einer Laserpistole von ihm Messungen durchgeführt worden seien, die größtenteils erhebliche Geschwindigkeitsüberschreitungen erbracht hätten, sodass Handlungsbedarf bestehe.



[Die Majestäten des Grönwohlder Vogelschießens](#)

Königin Sophie Meyer-Loos und ihr König Laurin Aden (re.), Prinzessin Laura Below und ihr Prinz Anil-Linus Nair sind die Sieger des Grönwohlder Schulfestes.

Finanzausschusssitzung vom 13.09.2011

Am 13.09.2011 fand in der Röperkate eine Finanzausschusssitzung statt. Einwohner waren zu dieser Sitzung leider keine erschienen, was umso bedauerlicher ist, als im Finanzausschuss über die wirklich wichtigen Entscheidungen beraten wird, nämlich über alles, was Geld kostet und / oder Geld einbringt. Letzteres war dann auch Gegenstand dieser Sitzung, in der die Neuvergabe des -Wegenutzungsvertrags Strom- im Mittelpunkt stand, sowie die Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Jahr 2011. Außerdem gab es einen kurzen nichtöffentlichen Teil zu Grundstücksangelegenheiten.

Neuvergabe Wegenutzungsvertrag Strom

Mit dem so genannten -Wegenutzungsvertrag Strom wird die Vereinbarung zwischen der Gemeinde und einem Stromanbieter bezeichnet, die es dem Anbieter erlaubt ein Stromnetz - auf öffentlichem Grund (unter den Gehwegen) - zu betreiben. Für die Nutzung muss der Stromanbieter - bisher die „E.ON Hanse / Schleswig-Holstein Netz AG“ - an die Gemeinde Grönwohld Gebühren zahlen. Dieser Vertrag lief Ende 2010 aus und muss bis zum Jahr 2013 erneuert werden. Zu

diesem Zweck wurde der Wegenutzungsvertrag vom Amt Trittau neu ausgeschrieben. Für den Stromkunden wird sich dadurch nichts ändern, denn dies betrifft ausschließlich den Netzbetreiber, nicht aber die verschiedenen Stromlieferanten. Auf die Ausschreibung haben sich die „E.ON Hanse / Schleswig-Holstein Netz AG“ und die „Vereinigte Stadtwerke GmbH Ratzeburg“ beworben. Ein dritter Bewerber war zuvor ausgeschieden. Die Angebote wurden von einem unabhängigen Unternehmen geprüft. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte wurde empfohlen, einen Vertrag mit der „Vereinigte Stadtwerke GmbH Ratzeburg“ abzuschließen. Entscheidend war, dass die GmbH der Gemeinde die Möglichkeit einer Mehrheitsbeteiligung am Stromnetz einräumt; d.h. dass die Gemeinde bei wichtigen Entscheidungen mitreden kann. Bei E.On würde diese Möglichkeit nur eingeschränkt bestehen. Nach kurzer Diskussion sprach sich der Finanzausschuss für einen Vertrag mit der „Vereinigte Stadtwerke GmbH Ratzeburg“ aus.

[Anmerkung: Auf der Gemeindevertretersitzung vom 29.09.2011 wurde einstimmig beschlossen, den Vertrag mit der „Vereinigte Stadtwerke GmbH Ratzeburg“ abzuschließen]

Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Im Bereich der über- und außerplanmäßigen Ausgaben gab es u.a. Überschreitungen bei den Kosten, die die Gemeinde Grönwohld dafür zu leisten hat, dass die Verwaltung der Grundschule, der Nachmittagsbetreuung und des Kindergartens vom Amt Trittau übernommen wird. Je Schüler belaufen sich diese Kosten im Jahr auf etwa 50,00 €, wobei derzeit 102 Schüler an der Grundschule unterrichtet werden. Für die Nachmittagsbetreuung fallen je Schüler 70,00 € an, bei einer Anzahl von 52 Schülern. Für den Kindergarten betragen die Verwaltungskosten sogar 427,00 € pro Kind, bei einer Belegung von 49 Kindern.

[Anmerkung: Die Gemeindevertretung stimmte den Ausgaben einstimmig zu, die auf gestiegene Kinderzahlen zurückzuführen sind, richtete aber zugleich eine sehr kritische Anfrage an die Amtsverwaltung und unsere dortigen Vertreter, Bürgermeister Ralf Breisacher und SPD-Fraktionsvorsitzender Eckart Carl, nachzuhalten, aus welchem Grund für ein Kindergartenkind eine 8,5 mal höhere Verwaltungskostenpauschale zu leisten ist].

Außerdem musste die Gemeinde an auswärtige Kindergärten Kosten erstatten, soweit Kinder aus Grönwohld betreut werden. Diese waren nicht in voller Höhe eingeplant. Hinzu kamen Elternzuschüsse für die Tagesmutterbetreuung. Die Zuschüsse werden nur übergangsweise gewährt, bis die Gemeinde eigene Krippenplätze anbieten kann. Hiermit ist bei Fertigstellung der Kindergartenerweiterung im Jahr 2012 zu rechnen. Neben den bereits bewilligten Geldern von 9.600,00 € waren dort zusätzliche Mittel von 12.900,00 € erforderlich. Den Mehrkosten wurde zugestimmt.

Für die Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen sowie den Winterdienst musste die Gemeinde in diesem Jahr höhere Kosten als erwartet aufwenden. Bis zur Ausschusssitzung betragen die Aufwendungen für den Unterhalt bereits 9.163,00 €. Gleiches gilt für den gemeindlichen Trecker, für den bis Anfang September schon Kosten in Höhe von 6.156,00 € angefallen waren. Für zusätzliches Streugut wurden 738,00 € erforderlich. Auch diesen Kosten wurde zugestimmt.



Allgemeiner Ausschuss vom 20.09.2011

Die Sitzung des Allgemeinen Ausschusses fand wie üblich in der Röperkate statt. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Ausschusses Josef Ryll, ging es im öffentlichen Teil um die Themen Verkehrsberuhigung im Bereich der Straßen Radeland / Alte Siedlung, die Ausweisung von Eignungsgebieten für die Windenergienutzung und die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie. Im nichtöffentlichen Teil ging es um die Kindergartenerweiterung und Grundstücksangelegenheiten.

Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Bereich Radeland / Alte Siedlung

Die Straßen „Alte Siedlung“ und „Radeland“ sind Tempo 30er- Zonen. Nach dem Wunsch einiger Anlieger besteht jedoch das Bedürfnis, für diese Straßen weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen vorzunehmen. Da derartige Maßnahmen, insbesondere die Gestaltung eines verkehrsberuhigten Bereichs, Kosten verursachen würden, die ggf. in Form eines Ausbaubeitrags auf die Anlieger umzulegen gewesen wären, hatte sich der allgemeine Ausschuss dafür ausgesprochen, die Angelegenheit im Rahmen einer Einwohnerversammlung zu diskutieren. Diese fand am 01.09.2011 statt. Auf den gesonderten Bericht zur Einwohnerversammlung in dieser Ausgabe des *Rinkiekers* wird hingewiesen.

Der Allgemeine Ausschuss nahm das Votum der Einwohnerversammlung, keine weiteren verkehrsberuhigenden Maßnahmen durchzuführen, zur Kenntnis und schloss sich diesem an. Zur Verdeutlichung der 30er- Zone wird lediglich eine „30“ in der Einmündung der Straße auf der Fahrbahn aufgemalt. [Anmerkung: bei der Einwohnerfragestunde der Gemeindevertretersitzung vom 29.09.2011 wurde angefragt, ob auch an anderen Stellen der Straße eine solche Maßnahme möglich ist. Der Bürgermeister wird sich hierum kümmern.]

Plan zur Ausweisung von Eignungsgebieten für Windenergienutzung

Eingangs erläutert der Bürgermeister anhand einer Präsentation einen Planentwurf des Kreises. Herr Schröter vom Bauamt ergänzt, dass das Land Schleswig-Holstein bestrebt sei, den Anteil der Energiegewinnung aus regenerativen Energiequellen zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der Änderung in der Ausrichtung der Energiegewinnung bestünde das Ziel 1,5 % der Landesflächen als Eignungsgebiete auszuweisen. Mit der Erweiterung der Eignungsgebiete und Anreizen für die Umstellung alter Anlagen sollten Anlagestandorte konzentriert werden, um den Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild zu minimieren.

Die Gemeinden erhielten im Rahmen der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der Teilfortschreibung die Möglichkeit, spätestens bis zum 07.10.2011 eine Stellungnahme abzugeben. Aus den vorliegenden Entwurfsunterlagen sei zu ersehen, dass im gesamten Amt Trittau keine Eignungsflächen vorgesehen seien. Begründet werde dies damit, dass die Windenergie im Süden des Kreises keine Rolle spiele. Eine sehr dichte Besiedelung, viele Landschaftsschutzgebiete und zu wenig Wind seien die wesentlichen Gründe. Herr Schröter wies weiter darauf hin, dass bei der möglichen Ausweisung von Eignungsgebieten auf die Vorgaben der einzuhaltenden Abstände der Windkraftanlagen zu bestimmten Nutzungsarten zu achten sei.

Seitens des Bürgermeisters, Frau Arndt, Herrn Rütz und Herrn Heymann wurde die Auffassung vertreten, dass trotz gegenteiliger Ansicht des Kreises sehr wohl Eignungsflächen in der Gemeinde für Windkraftanlagen gemeldet werden sollten. Hierfür würden sich insbesondere Flächen Richtung Linau und Dwerkaten anbieten. Gemeindeeigene Flächen stünden in diesen Bereichen allerdings nicht zur Verfügung.

Der Allgemeine Ausschuss empfahl daraufhin der Gemeindevertretung für die Teilfortschreibung des Regionalplans Eignungsgebiete zu benennen. Hierzu sollten die Fraktionen konkretisierte Vorschläge unterbreiten. Dabei solle die Forderung des Landes nach Flächenausweisungen von mindestens 20 ha pro Eignungsgebiet möglichst berücksichtigt werden. [Anmerkung: nach eingehender Diskussion wurde im Rahmen der Gemeindevertretersitzung - bei zwei Gegenstimmen - beschlossen, der Ansicht des Kreises zu widersprechen, jedoch keine konkreten Flächen zu benennen]

Umsetzung der 2. Stufe der Umgebungs-lärmrichtlinie in Schleswig-Holstein

Der Bürgermeister und Herr Schröter erläutern, dass für die Gemeinde Grönwohld eine Lärmaktionsplanung durchzuführen sei. Dies resultiert aus der Tatsache, dass durch das Gemeindegebiet die „B 404“ verlaufe, die nach derzeitigem Kenntnisstand eine durchschnittliche tägliche Verkehrsstärke von ca. 14.000 Kraftfahrzeugen aufweise. Die Aufstellung eines Lärmaktionsplans sei Voraussetzung für die

Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des dreispurigen Ausbaus der B404, die vom Bund finanziert würden. Hierfür müsse die Gemeinde zunächst ein Gutachten über die momentane Situation erstellen lassen. Dafür würden Kosten von etwa 3.000,00 € entstehen. In einem zweiten Schritt werde in der Gemeinde eine Lärmlenkungsgruppe eingesetzt. Aufgabe der Lenkungsgruppe sei die Informationen zusammenzufassen und Lärmschutzmaßnahmen vorzuschlagen. Hieran könnten sich auch engagierte Bürger beteiligen. Der Allgemeine Ausschuss empfahl der Gemeindevertretung den erforderlichen Aktionsplan bis zum 30. 06. 2012 aufzustellen. Über die Bildung und Zusammenstellung einer Lenkungsgruppe werde zu gegebener Zeit eine Entscheidung getroffen. [Anmerkung: die Aufstellung eines Lärmaktionsplans wurde von der Gemeindevertretung einstimmig beschlossen].

Anfragen und Mitteilungen

Josef Ryll teilte mit, dass mit der polnischen Gemeinde Wieliszew in der Zwischenzeit ein Verschwiegenheitsabkommen unterzeichnet worden ist. Er kündigte an, dass vom 20. bis 23.10.2011 ein Besuch von Vertretern der polnischen Gemeinde bevorstehe. Unter anderem fänden anlässlich der Feierlichkeiten in Grönwohld ein Brunch und das Abschlussfest statt. Josef Ryll rief dazu auf, Unterbringungsmöglichkeiten für die Gäste zur Verfügung zu stellen. Der Bürgermeister ergänzte, dass während der Besuchszeiten der Sporthallenbereich gesperrt werde.

Der Bürgermeister erklärte weiter, dass der Schulverband seit dem 19.09.2011 neu aufgestellt worden sei. Aufgrund des Rücktritts von Herrn Geisler als Schulverbandsvorsteher hätten Neuwahlen stattgefunden. Frau Welter-Agatz aus Trittau sei zur neuen Schulverbandsvorsteherin gewählt worden. Er selbst sei erster Stellvertreter geworden und Frau Lorenzen, ebenfalls aus Trittau, sei zur zweiten Stellvertreterin gewählt worden.

Im Rahmen der Sitzung des Schulverbands sei außerdem ein Grundsatzbeschluss zur Erweiterung des Gymnasiums um 6 weitere Klassenräume gefasst worden. Die Kosten von geplanten 850.000 Euro sollten möglichst ohne Erhöhung der Schulverbandsumlage erbracht werden. Zwischenzeitlich sei auch die Gemeinde Basthorst dem Schulverband Trittau beigetreten.

Zusätzlich berichtete der Bürgermeister von Sperrungen in der Bahnhofstraße, die durch Schwierigkeiten im Abfluss des Oberflächenwassers entstanden seien. Mittlerweile hätten diese behoben werden können. Herr Wilde machte darauf aufmerksam, dass im Bereich Eiskeller bereits seit längerer Zeit ein Gulli abgesackt sei. Der Bürgermeister sagt zu, diese Angelegenheit an den Abwasserzweckverband Obere Bille weiterzugeben.

Einwohnerfragestunde

Auf Nachfrage von Herrn Nordt stellt Josef Ryll klar,

dass die Aufstellung der Windenergieanlagen auf ausgewiesenen Eignungsflächen nur in Abstimmung mit den jeweiligen Grundstückseigentümern möglich sei.



Zukunft der Jugendarbeit in Grönwohld

Hoffentlich wird das noch mal etwas, habe ich gedacht, als die Sitzung des Jugendausschusses bereits zum dritten Mal verschoben wurde und so waren meine Erwartungen nicht besonders hoch, als der Ausschuss am 22.06.2011 endlich wieder zusammentraf. Doch diese Erwartung bestätigte sich nicht. Stattdessen konnte ich mich mit dem Vorschlag durchsetzen, die Jugendarbeit in Grönwohld zukünftig auf drei Säulen zu stellen, was nach der Kündigung des Vertrags mit dem Kreisjugendring über die Jugendarbeit Ende letzten Jahres auch dringend nötig erscheint.

Einerseits soll euch, den Jugendlichen, ein regelmäßiges Freizeitprogramm geboten werden. In diesem Bereich wird die Nachmittagsbetreuung eine wichtige Rolle spielen. Frau Znanewitz will einmal monatlich eine Freizeitveranstaltung am Nachmittag anbieten, und zwar nicht nur für die Kinder im Grundschulalter! Dies können eine Fahrt in den Freizeitpark, ein Kinonachmittag, Naturwanderungen oder ein Schwimmbadbesuch sein. Die Kosten sollen für euch dabei möglichst gering sein. Wenn diese Veranstaltungen gut besucht werden, bin ich mir sicher, dass das Angebot erweitert wird. In Ergänzung hierzu will die Gemeinde zwei bis dreimal im Jahr in eigener Regie eine größere Abend- bzw. Wochenendveranstaltung durchführen. Dies können z.B. Film- Musik- Computer- oder Sportveranstaltungen sein. Als erstes, konkretes Event dieser Art hat sich der Ausschuss dafür ausgesprochen noch im Herbst einen Filmnachmittag durchzuführen. Außerdem werden wir im Februar 2012 einen Discoabend veranstalten.

Ein drittes Standbein der Jugendarbeit bilden die Vereine. Die Jugendfeuerwehr, der Grönwohlder Sportverein und der Grönwohlder Tennisclub erhalten bereits von der Gemeinde Zuschüsse, die sie in die Jugendarbeit investieren.

Doch damit dieses Konzept wirklich Erfolg hat, müssen wir wissen, was euch konkret interessiert. Zu diesem Zweck hat der Jugendausschuss - mit Unterstützung von Frau Znanewitz - eine Umfrage gestartet. Den entsprechenden Handzettel solltet ihr inzwischen erhalten haben. Eure Wünsche, Ideen und Vorschläge könnt ihr im Kaufhaus Evers (Poststelle) abgeben. Die Umfrage ist anonym.

Daniel Klein

Deutsch-französische Freundschaft 40jährige Verschwisterungsfeier

Seit 40 Jahren ist das Amt Trittau mit dem Communauté de Communes Loire-Divatte in Frankreich verschwistert. C.C. Loire-Divatte ist eine Gemeinde mit den 6 Dörfern Le Loroux Bottereau, St. Julien de Concelles, La Chapelle Basse Mer, La Remaudière, Le Landreau und Barbechat. Es ist in der Nähe von Nantes. Nantes liegt an der Loire und ist ca. 20 km vom Atlantik entfernt.



Zur Feier anlässlich der 40jährigen Verschwisterung vom 13. – 16. Juli 2011 kamen 75 Franzosen, darunter ein französischer Chor, zu uns ins Amt Trittau zu Besuch. Alle waren privat untergebracht, manche Gastfamilien nahmen sogar mehr als 2 Personen auf.

Eröffnet wurde die Verschwisterungsveranstaltung durch eine Komiteesitzung, in der sich die Europabeauftragten beider Länder in der Amtsverwaltung Trittau trafen, um über zukünftige Treffen und Veranstaltungen zu sprechen. Es ist geplant, dass einige Personen aus dem Amt Trittau zum diesjährigen Weihnachtsmarkt (2. Adventswochenende) nach St. Julien des Concelles fahren. Außerdem sind die Deutschen über Himmelfahrt nach Frankreich eingeladen, um auch dort noch einmal das 40jährige Bestehen der Verschwisterung zu feiern.

Außerdem wurde über den deutsch-französischen Jugendaustausch gesprochen. Leider fand dieser in diesem Jahr nicht statt, da auf beiden Seiten kaum Anmeldungen vorlagen (u.a. aus finanziellen Gründen). Es wurde nun vereinbart, den Jugendaustausch künftig in anderer Form stattfinden zu lassen: in einem Jahr fahren die deutschen Jugendlichen nach Frankreich und im nächsten Jahr kommen die französischen Jugendlichen zu uns ins Amt Trittau. Die Franzosen möchten gern den Briefaustausch mit den Schülern fortführen. Die Karten der Kinder aus beiden Ländern sollen auf dem Weihnachtsmarkt in Frankreich überreicht werden. Dieses erfordert aber, dass man mit dem Erstellen der Karten schon nach den Herbstferien anfängt. Der Briefaustausch kann so bei den jungen Leuten die Neugier auf andere Länder und Sitten erwecken.



Am 16.07.2011 wurde vom Amtsvorsteher Uwe Tillmann-Mumm, Trittaus Bürgermeister Walter Nussel und der Präsidentin des französischen Europakomitees Michelle Maindon feierlich ein neuer Boule-Platz eingeweiht. Dieser liegt direkt hinter dem Parkplatz zwischen der Amtsverwaltung und dem Bürgerhaus. Der Platz wurde auf den Namen «Platz C.C. LoirDivatte getauft. Anschließend wurde Boule gespielt, für die musikalische Unterhaltung sorgte der französische Chor.

Für Freitag, d. 15.07.2011, war ein Ausflug in die Hafencity nach Hamburg geplant. Mit zwei Bussen fuhren die Franzosen und einige Deutsche nach Hamburg. Dort wurden die Franzosen in 3 Gruppen eingeteilt und nahmen an einer Führung durch die Hafencity in französischer Sprache teil. Danach besichtigten die Gruppen die Elbphilharmonie, Hamburgs künftiges Wahrzeichen. Sie waren alle von der Bauweise überwältigt.

Für die, die aus gesundheitlichen Gründen die Elbphilharmonie nicht erklimmen konnten, gab es ein Alternativprogramm (Besichtigung des Spicy-Gewürzmuseums, Fahrt mit einem Schiff durch den Hamburger Hafen usw.). Leider spielte das Wetter nicht mit und es regnete den ganzen Tag. Zum Abschluss fand ein gemeinsames Essen im Elbhof am Baumwall statt.

Am Samstagnachmittag erfolgte dann die große „Geburtstagsfeier“ im Lütjenseer Dorfgemeinschaftshaus. Zu diesem feierlichen Anlass kamen hochrangige Vertreter beider Kommunen und zahlreiche Gäste in die in französischen und deutschen Farben geschmückte Sporthalle. Es gab diverse Reden, die jeweils übersetzt wurden. Der französische Chor und der Männergesangverein Trittau, verstärkt durch Sänger umliegender Chöre, sorgten für die musikalische Unterhaltung. Dann kam der Höhepunkt: die Verleihung des mit 1.000,00 € dotierten Europa-Meyer-Preises. Dieser wurde an Michelle Maindon verliehen, die sich unermüdlich für den Austausch mit Deutschland eingesetzt hat.

In ihrer Dankesrede sagte Michelle Maindon, dass es am Anfang wegen der fremden Sprache und Lebensart erst Bedenken gab, man sich zuerst mit Händen und Füßen verständigt hätte. Doch das sei längst Geschichte. Die vielen gegenseitigen Besuche hätten zur Vertiefung der Freundschaft beigetragen. Geholfen habe auch der Wein aus der Gegend, der Muscadet.

Der Amtsvorsteher sagte in seiner Rede, dass damals beide Seiten einen Partner gesucht hätten, um die europäische Idee zu verwirklichen und nach gegenseitigen Besuchen feststellten, dass beide Ämter gut zusammen passen. 1971 wurde die Partnerschaftsurkunde in Trittau besiegelt. Inzwischen



v. li.: Gabriele Borngräber, Gaby Pulst, Frauke Behncke, Michael Prang, Michelle Maindon, Rosemarie Prang, Uwe Tillmann-Mumm, Hannelore Schmidt, Edmund Sobina



gibt es viele langjährige Freundschaften sowie den Jugendaustausch zwischen beiden Ämtern.

Nach der offiziellen Feier gab es für über 200 Personen ein deutsches Festessen. Um die vielen Gäste zügig zu bewirten, haben viele junge Leute aus dem Amt Trittau und Frankreich mitgeholfen. Das Essen wurde immer wieder mit diversen kurzen Gesangeinlagen unterbrochen. Auf einer Videowand wurden Fotos aus den letzten 40 Jahren vorgeführt. Anschließend gingen alle noch ins Bistro, wo bereits der Chor der „Just for Fun Singers“ wartete und für tolle musikalische Unterhaltung sorgte. Es wurde viel getanzt und es fanden viele nette Gespräche statt, zum Teil draußen, denn am Samstag schien endlich wieder die Sonne. Der Abend klang fröhlich mit Discomusik aus.

Um 01.00 Uhr in der Früh hieß es Abschied zu nehmen. Der Bus fuhr zurück nach Frankreich. Nach einer sehr langen und anstrengenden Fahrt waren unsere französischen Freunde um 19.30 Uhr wieder zu Hause.

Die erfolgreichen Feierlichkeiten konnten nur durch die viele Arbeit des Arbeitskreises mit 9 Personen, bestehend aus Uwe Tillmann-Mumm, Frauke Behncke, Gabriele Borngräber, Käthe Grabowski, Rosemarie und Michel Prang, Gaby Pulst, Hannelore Schmidt und Edmund Sobina stattfinden. Zum Dank erhielten sie Blumen bzw. Wein.
Gaby Pulst



Veranstaltungen in und für Grönwohld ab Oktober 2011

Wann	Veranstalter	Was	Wo	Uhrzeit
19. Okt.	Plattsnaker	Plattdütsch vertellen	Röperkate	19:30
19. Okt.	Kirche	Ausflug Holsteinische Schweiz	Busfahrt *	
28. Okt.	FFW	Laternenumzug	Schulgelände	19:00
2. Nov.	Röperkate e.V.	Fleißiger Klönschnack	Röperkate	19:30
13. Nov.	Gemeinde	Kranzniederlegung zum Volkstrauertag	Ehrenmal	10:00
30. Nov.	Plattsnaker	Plattdütsch vertellen	Röperkate	19:30
7. Dez.	Röperkate e.V.	Fleißiger Klönschnack	Röperkate	19:30
11. Dez.	Gemeinde	Senioren-Adventsfeier	Sporthalle	15:00

Busfahrt *: s. **Schaukasten Kirche**, Haltestellen: Eiskeller und Bushaltestellen „Schule“ und „Im Winkel“

Alle Angaben ohne Gewähr

Unseren Veranstaltungskalender finden Sie auch auf unser Hausseite: www.groenwohld.sozi.info/

In Polen wurde der Partnerschaftsvertrag des Amtes Tritttau mit dem Amt Wieliszew unterzeichnet

Zu diesem Anlass reisten wir mit einer 30-köpfigen Delegation vom 01. – 04.09.2011 nach Wieliszew / Polen. Diesmal kamen wir Deutsche am 01. September als Freunde in das Land und nicht, wie vor 72 Jahren, als Feinde.

Da die Gemeinde nur 30 km nördlich von Warschau liegt, wurde am zweiten Tag die Stadt besichtigt. Unter Anderem standen wir am Mahnmal des Ghettoaufstandes von 1943. Hier erinnert ein Denkmal auch an den weltweit beachteten Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt am 07.12.1970, der symbolisch die Entspannungspolitik mit dem Osten einleitete und später die Ostverträge mit Polen und der Sowjetunion möglich machte. Tags darauf schauten wir uns Europas größte Festung Modlin am Zufluss von Weichsel und Bug an und im Jahr 1656 ihre Anfänge hatte.

Im Rahmen des alljährlich stattfindenden Erntefestes fand auf der Festbühne die feierliche Unterzeichnung der Partnerschaftvereinbarung durch den Amtsvorsteher Uwe Tillmann-Mumm und den Wójt (Gemeindevorsteher) Pawel Kownacki statt. Der Gegenbesuch wird vom 20. – 23.10.2011 in unserem Amt stattfinden, die Unterzeichnung des Vertrages wird am 22. Oktober sein. Das Amt Tritttau erwartet dann etwa 50 polnische Gäste, die, wie auch wir in Wieliszew, privat untergebracht werden. Natürlich entstanden



bereits dadurch sehr persönliche Kontakte. Die deutsch-polnische Partnerschaft kann nur funktionieren, wenn die Bürgerinnen und Bürger aus unserem Amt aktiv mitmachen. Dazu laden wir Sie, laden wir Euch ganz herzlich ein.

Steuern wird diese Aktivitäten der vor einem Jahr neu gebildete Arbeitskreis Polen mit seinem Vorsitzenden Gerd Hoffmann. Bei ihm melden Sie sich bitte auch, wenn Sie Gäste aufnehmen möchten (04154-795884).
Angela Ryll

Einen Augenblick zurück...



Um 1910 ist diese Postkarte gelaufen. Sie zeigt uns den Gasthof von Fritz Steffen, Papierholz

...zum Vogelschießen am 07.07.1962



Fotos: Willi König

GRÖNWOHLDER LEBENS LINIE

Sikirou Kakabiti

Togo ist ein Staat in Westafrika, am Golf von Guinea gelegen. Er grenzt im Westen an Ghana, im Osten an Benin und im Norden an Burkina Faso. Bis zum Ersten Weltkrieg war das Gebiet Togos deutsche Kolonie, danach lange unter französischer Verwaltung. Geprägt wurde das Land fast 40 Jahre lang vom autokratisch regierenden Präsidenten Gnassingbé Eyadéma. Nach dessen Tod 2005 wurde sein Sohn Faure Gnassingbé unter Missachtung der Verfassung von der togoischen Armee zum neuen Präsidenten ernannt, was zu internationalem Druck und Unruhen im Land, aber nicht zur Rückkehr verfassungsgemäßer Zustände führte. Die folgenden Wahlen konnte Gnassingbé für sich entscheiden, wobei ihm die Opposition und auch die Europäische Union massiven Wahlbetrug vorwarfen. Nach wie vor befinden sich mehrere tausend Flüchtlinge im Ausland. (Quelle: Wikipedia)

Einer dieser Flüchtlinge ist auch in Grönwohld angekommen. Seit 6 Jahren lebt Sikirou Kakabiti mit seinen Eltern bei uns. Sein Vater hat als politischer Flüchtling das Land verlassen und 2005 seine Frau und seinen Sohn, Sikirou, nachgeholt. Von der Hauptstadt eines Landes, Lomé, mit über 750.000 Einwohnern in ein Dorf mit gut 1.300 Menschen nach Norddeutschland. Von durchschnittlich 30 Grad Celsius hinunter auf durchschnittlich 13 Grad Celsius. Von einem Staat mit 38 (!) Sprachen in eine neue Umgebung, die zwar nur eine Sprache spricht, von der man aber kein Wort versteht – wie funktioniert das? Hat es funktioniert? Der *Rinkieker* sprach mit Sikirou darüber.

Sikirou war 14 Jahre alt, als er Togo verließ. Dort hatte er schon die 10. Klasse der örtlichen Schule besucht. Hier fing er in der 7. Klasse der Hahnheide Schule von vorne an. „Es war das Chaos. Ich habe natürlich kein Wort verstanden. Die ersten 2 Jahre habe ich dann nur etwas Deutsch gelernt“, sagt Sikirou, „und alles ohne Nachhilfeunterricht“. Danach wurde er von zwei Grönwohlderinnen, Renate Franke und Hannelore Grimme, unterstützt, die ihm seit 4 Jahren regelmäßig Nachhilfe in Deutsch und Mathematik erteilen. Alles ehrenamtlich. Nach einem Wechsel nach Glinde schließt Sikirou die Schule mit dem Hauptschulabschluss ab und beginnt ein Berufsvorbereitungsjahr in Ahrensburg. Danach erhält er eine Lehrstelle bei einem Grönwohlder. Jetzt lernt er im 2. Lehrjahr Metallkonstruktionstechnik bei der Firma Bielfeldt. Wenn man Sikirou reden hört, dann wird schnell deutlich, dass er drei Ziele im Leben hat:

Bildung, Bildung, Bildung! Das erste Ziel, einen Schulabschluss, hat er erreicht. Jetzt gilt es, die Lehre erfolgreich zu beenden. Danach will er weiter zur Schule gehen und, wenn möglich, studieren, um Maschinenbauer zu werden. Neben der Ausbildung bleibt noch Zeit für Freunde und etwas Sport, aber – so hat es Sikirou von seinem Vater gelernt – man kann nicht zwei wichtige Dinge zur selben Zeit im Kopf haben. Und sein Kopf ist schon besetzt mit dem Willen zu Lernen!

Dr. Katherine Nölling



Sikirou aus Togo repräsentiert eine von 24 verschiedenen Nationalitäten in Grönwohld

Der historische Grönwohld - Kalender 2012

ist ab November bei unserem Kaufmann Evers zu bekommen. Er kostet 10,00 €. Haben Sie alte Fotos für mich? Ich scanne sie ein und gebe sie Ihnen umgehend zurück. Bei dieser Gelegenheit danke ich allen, die mir ihre Schätze anvertraut haben. *Ihre Angela Ryll*

